

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

1.2.1921 (No. 26)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die Times gebaltene Zeitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, drangsweise Verteilung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufsperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Deutschland ein zweites Irland?

Außer in Frankreich selbst wird sich wohl kaum ein vernünftiger Mensch finden lassen, der da glaubt, Deutschland werde die aberwitzigen Forderungen der Pariser Konferenz annehmen bzw. erfüllen können. In der Geschichte der Kulturböller steht auch dieser neue Versuch unserer ehemaligen Feinde beispiellos da. Man müßte schon auf das Altertum oder auf die Geschichte Mexicos zurückgreifen, um Analogien zu entdecken.

Würden die Beschlüsse der Pariser Konferenz von dem deutschen Volk angenommen werden, würden sie wirklich die rechtliche Grundlage abgeben für die künftigen Beziehungen der Entente zu Deutschland, so müßte Deutschland zu einem zweiten Irland werden. Und genau so, wie England über der irischen Frage nicht mehr zur Ruhe kommt, würde ganz Europa in der deutschen Frage eine ewige Quelle der Beunruhigung erblicken müssen. Denn es ist ausgeschlossen, daß ein großes und stolzes Volk von 60 Millionen sich auf die Dauer einer derartigen Verflawung gefallen läßt.

Wir haben es ja gewußt, daß das dicke Ende des Friedensvertrages von Versailles erst noch kommen würde, daß wir das wahre Gesicht des Vertrages erst dann kennen lernen würden, wenn die Reparationssumme genannt wird. Deshalb haben wir uns über alle bisherigen Streitigkeiten niemals so aufgeregt, wie das die Blätter der Reaktion getan haben; getan haben nicht etwa aus wirklicher vaterländischer Sorge heraus, sondern aus agitatorischen Gründen. Die Ereignisse haben uns Recht gegeben, wenn wir auch eine derartig unsinnige Höhe der Summe nicht erwarteten. Verglichen mit den furchtbaren Beschlüssen der Pariser Konferenz sinken jedenfalls alle bisherigen Streitfragen, die uns und der Entente zu schaffen machen, zur Bedeutungslosigkeit herab. Die Auslieferung der Kriegsverbrecher, die Ablieferung der Waffen und die Entwaffnung der Einwohnerwehren z. B. sind winzige Kleinigkeiten neben der großen, für unsere ganze Zukunft entscheidenden Frage der Festsetzung der Reparationssumme.

Man stelle sich einmal diese Summe richtig vor! Eine Milliarde Goldmark sind 1000 Millionen Goldmark; d. h. etwa 10 000 Millionen deutsche Papiermark. Und diese 10 000 Millionen sollen wir 226 mal zuzüglich der Zinsen, die natürlich dementsprechend hoch sind, bezahlen. Dazu kommt dann noch eine andere Ungeheuerlichkeit, jene 12 Prozent Steuer, die wir auf unsere gesamte Ausfuhr entrichten sollen. Was alle diese Summen zusammen bedeuten, wird uns dann am besten klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß vor dem Kriege das gesamte französische Nationalvermögen auf 250 Milliarden Goldmark taxiert wurde. Man könnte also mit der Gesamtheit der Reparationszahlungen, die man uns auferlegen will, gut und gerne das ganze Frankreich kaufen.

Nun soll allerdings nach den Abmachungen der Alliierten untereinander Frankreich selbst nur etwa 126 Milliarden Goldmark von der gesamten Reparationssumme bekommen. Aber auch dieser Betrag ist so groß, daß er der Hälfte des gesamten französischen Nationalvermögens gleichkommt. Dieses Nationalvermögen ist aber durch den Krieg natürlich nicht zur Hälfte, auch nicht zu einem Viertel, sondern höchstens zu einem Behtel zerstört worden.

Der Friedensvertrag sichert uns das Recht zu, von der Entente eine Aufstellung darüber zu verlangen, wie sich die angeforderten 226 Milliarden Goldmark zusammensetzen. Denn die Forderung muß doch durch ganz bestimmte Entschädigungsansprüche im Einzelnen begründet werden. Daß Deutschland nicht dazu da ist, nun einen jeden Sou, den Frankreich für den Krieg ausgegeben hat, zu erheben, ist doch selbstverständlich. Man darf ferner auch nicht vergessen, daß durchaus nicht eine jede Summe, die im Kriege aufgebraucht wurde, restlos verloren gegangen ist, sondern ein großer Teil dieser Summe hat sich in andere Werte umgewandelt. Unter allen Umständen werden wir uns jedenfalls das Recht vorbehalten müssen, die Forderungen der Entente im einzelnen nachzuprüfen.

Grundföhllich werden wir jedoch darauf bestehen bleiben müssen, daß wir eine Summe, wie die uns genannte, nicht zahlen werden, weil wir sie nicht zahlen können. Gätte man uns die Hälfte dieser Summe genannt, so hätten wir sie schon ablehnen müssen.

Was sich die Entente eigentlich denkt, wenn sie uns jetzt bereits Jahreszahlungen von 2 Milliarden auferlegen will, das ist schwer zu sagen. Die Entente weiß doch genau so, wie wir selbst, daß wir nach den Prinzipien einer ordentlichen Geschäftsföhrung eigentlich bereits bankrott sind und uns finanziell im Zustand einer vollendeten Defizitwirtschaft befinden. Ja, wenn man uns eine vernünftige Gesamtsumme genannt hätte, dann hätte sich vielleicht über diese 2 Milliarden der ersten beiden Jahre debattieren lassen; wir hätten uns dann eben in der festen Hoffnung auf eine spätere Gesundung manches zumuten können, was wir uns angesichts der faktischen Forderung von 226 Milliarden unter keinen Umständen zumuten können.

Unsere Reichsregierung und unser Volk stehen vor ersten Entscheidungen. Die Rücksichten auf die innerpolitische Lage machen diese Entscheidungen noch besonders schwierig. Denn eines liegt doch auf der Hand, daß die Stellung der Reichsregierung, die an und für sich nicht gerade von imponierender Festigkeit ist, durch die Forderungen der Pariser Konferenz nicht gestärkt wird. Die Entente hat an der Erhaltung des neuen demokratischen Staates das allergrößte Interesse. Dennoch aber tut sie alles, was geeignet ist, die Stellung der Demokratie zu erschweren und den beiden extremen Parteien, der Reaktion und dem Kommunismus Wasser auf die Mühlen zu leiten.

Daß sich die heutige Reichsregierung nicht bereit finden lassen wird, jene Forderungen anzunehmen, haben wir schon gestern betont. Das deutsche Volk in allen seinen Schichten wird in dieser Frage einmütig hinter der Regierung stehen. Mit allen Mitteln der Überredung wird Deutschland darauf dringen, daß bei der Entente eine bessere Einsicht einkehrt. Sollten diese Mittel aber versagen, so wird uns nichts anderes übrig bleiben, als der Entente es selbst zu überlassen, wie sie aus einem entkräfteten und unterernährten, körperlich und seelisch geschundenen Volke jene Milliarden herauspressen will. Dann wird es eben in Europa das geben, was wir ein zweites Irland nennen. Und an diesem zweiten Irland wird Europa zugrunde gehen.

Die Etatsrede des Reichswehrministers.

Aus der Rede des Reichswehrministers Dr. Gessler in der Reichstags Sitzung vom Freitag geben wir im nachstehenden das Wesentlichste in ausführlicher Fassung wieder:

Reichswehrminister Dr. Gessler:
Das Reich hat durch den Friedensvertrag von Versailles seine Souveränität in militärischen Angelegenheiten verloren. Wir sind in unserer ganzen Heeresorganisation an die Bedingungen des Friedensvertrages gebunden. Ich ergreife die erste Gelegenheit, bei der ich meinen Etat zu vertreten habe, um hervorzuheben, daß wir den Friedensvertrag von Versailles als Ausnahmebestimmung für das deutsche Volk ansehen und daß wir es für ausgeschlossen halten, daß das deutsche Volk in seinen militärischen Angelegenheiten dauernd unter Ausnahmezustand steht. (Lebhafte Beifall.) Wir begrüßen den hohen Gedanken der Entwaffnung und der Weltabrüstung. Gerade wir im Herzen Europas haben nach diesem furchtbaren Krieg das Bedürfnis friedlich zu sein, umfomehr als unsere ganze Lage und immer wieder der Gefahr der Kollisionsgefahr. Statt der angekündigten Entwaffnung sehen wir überall in der ganzen Welt ein neues Wettrennen, das dazu führt, daß selbst kleine Staaten um uns herum heute eine viel größere Heeresmacht haben als wir und daß sie Truppen an unseren Grenzen zusammenziehen, was von weiten Kreisen des deutschen Volkes als eine ernste Bedrohung empfunden wird. Das Friedensbistat legt uns auch ein Heeresbistat auf, das von uns nur übergangsweise, aber keineswegs auf die Dauer ertragen werden kann.

Unser Ziel muß ein Milizheer mit kurzer Dienstzeit sein. Der Gedanke eines Heeres mit zwölfjähriger Dienstzeit, der wohl aus den englischen Verhältnissen gekommen ist, ist bei uns auf die Dauer untragbar. England sendet seine Berufsvolkaten in alle Teile der Welt und bringt damit Abwechslung in das Soldatenleben; das sind andere Verhältnisse als bei uns. Auch die Zurückhaltung unseres Heeres auf 100 000 Mann wird den Bedürfnissen Deutschlands nicht gerecht.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen möchte ich weiter sagen: Nachdem es uns in Spa nicht gelungen ist, für unser Heer durchzusetzen, was wir für nötig halten mußten, hat sich daraus die Konsequenz ergeben, nunmehr energisch an die Durchführung des Dittats von Versailles und Spa zu gehen und zwar im Rahmen der vorgegebenen Frist, weil dies die einzige Möglichkeit ist, unser Vaterland vor neuen Demütigungen und Schädigungen zu schützen, und die einzige Möglichkeit, die beständige internationale Kontrolle, die für uns unabweisbar ist, endlich aus den deutschen Gauen zu entfernen. Immerhin sind auch da noch einige Fragen ungelöst, die der raschen und sachlichen Abwicklung der Verhält-

nisse entgegenstehen. Zunächst die Frage der Abrüstung der Festungen. Im Friedensvertrage ist uns die Erhaltung unseres Festungssystems vor allem im Osten zugesprochen worden. Daß Festungen, die nicht genügend befestigt sind, keinen Wert haben, ist wohl etwas, was auch dem militärischen Laien ohne weiteres klar ist! Trotzdem verlangt die Entente nunmehr die Abrüstung der Festungen im Osten. Sie ersichert dadurch die Lage an der Ostgrenze außerordentlich. Wir haben gegen den Beschluß des Vorkongresses an die Pariser Konferenz appelliert.

Auch eine andere Frage ist noch nicht ausgetragen: Die Waffen- und Munitionsherstellung in Deutschland ist durch den Friedensvertrag unter internationale Kontrolle gestellt. Für Süddeutschland mußten sämtliche Waffenfabriken befestigt werden; das hat zu Schwierigkeiten aller Art geführt. Für den inneren Betrieb kam es nach meinem Programm zunächst darauf an, die Freikorps aufzulösen. Daß dies trotz zahlreicher Widerstände ohne Blutvergießen gelang, begrüße ich und ich stelle dabei fest, daß vor allem die Führer der Arbeiterkassen selbst mich dabei unterstützt haben. Den Dank des Abg. Brüninghaus möchte ich vor allem für meine Mitarbeiter in Anspruch nehmen. Wir haben große Fortschritte in der sogenannten Entmilitarisierung des Belagerungsstandes erzielt. Ich freue mich, daß ich während dieser ganzen Zeit nicht nur nicht nötig hatte, die Reichswehr einzuführen, sondern vielfach Gelegenheit hatte, gegenüber Requisitionen der Reichswehr mich ablehnend zu verhalten. Nach meiner Auffassung ist es nicht Aufgabe der Reichswehr, Bürgerkriege niederzuschlagen, sondern sie zu verhindern. (Lebhafte Zustimmung) und im übrigen ist es in erster Linie Aufgabe der Polizei, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. (Zustimmung.) Auch die Streiks soll die Zugehörigkeit der Reichswehr vermieden werden. (Zuruf links.) Ich wiederhole: Es kann nicht Aufgabe der Reichswehr sein, in solchen Fällen, auch bei Streiks vor allem, hinzugezogen zu werden.

Trotz aller Schwierigkeiten haben wir doch immerhin eine Heeresmacht gehabt, die im äußersten Notfall dem Reich und der Regierung die nötige Sicherheit geben konnte. Nach meinen Beobachtungen hat auch die innere Entwicklung große Fortschritte gemacht. Die Soldaten geben wieder etwas auf sich und sie sind bemüht, durch gutes Auftreten sich die Achtung ihrer Mitbürger zu erringen. Auch in der Marine sind nach der Wiedereinsetzung der Offiziere wieder normale Verhältnisse eingelehrt. Ein Beweis für diese Tatsache war die Beachtung, die der Marine auf ihrem Besuch in Schweden gezollt wurde. Wenn ich heute zurückschauend die Entwicklung übersehe, dann möchte mir manchmal schwindlig werden ob all der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren. Ich habe häufig das Gefühl gehabt, wochenlang überhaupt keinen Boden mehr unter den Füßen gehabt zu haben. Ich erinnere nur an das Ruhrgebiet, an Sachsen, Thüringen, Ostpreußen und die Frage des Grenzschutzes. Ich möchte auf folgendes hinweisen: Die rasche, verhältnismäßig reibungslose Durchführung der Abrüstung wäre nicht möglich gewesen, wenn ohne das absolut loyale Verhalten der Tausende von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die, ohne mit der Wimper zu zucken, aus ihrem Beruf geschieden sind, der ihre Lebensberuf war, und zweitens ohne die lokale und treue Mitarbeit meiner militärischen und amtlichen Ratgeber. (Lebhafte Beifall.) Die Herren, die den Heeresdienst als Lebensberuf erwählt haben, haben bewiesen, daß sie bereit sind, um des Vaterlandes willen auch der Republik treu und redlich zu dienen. Auch der Chef der Heeresleitung hat schwere Tage und Wochen gehabt und er hat zahlreiche Angriffe von allen Seiten ertragen, weil er sich mit mir über folgendes einig war: Erstens: Der Friedensvertrag von Versailles ist lokal durchzuführen; alle Widerstände dagegen müssen gebrochen werden. Zweitens: Jeder Angriff auf die Verfassung ist ein Verbrechen am Volke, aber auch an dem Heere und der ruhigen Entwicklung des Volkes. Drittens: Die unerschütterliche Grundlage unserer Heeresorganisation ist neben der Kameradschaft die Disziplin und Manneszucht, woran festgehalten werden muß.

Das Wehrministerium ist in seiner Organisation, wie Berlin, ein Wasserlopp genannt worden. Merkwürdigerweise hat die Entente, die sonst nichts Überflüssiges zugeht, uns offenbar nach einem Urteile von Sachmännern, die nötige Personenzahl zugebilligt. Die richtige Organisation ist aber erst möglich, wenn das Heer steht und die Auseinandersetzungen mit der Entente erledigt sind. Wir sparen, soweit es irgend möglich ist. Der Gehorsam muß die besondere Ehre des Soldaten sein und die Offiziere haben hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

Der Redner besprach dann die sogenannten Zwischenfälle, die sich in den letzten Monaten außerordentlich vermehrt hätten, ein Beweis, daß die militärischen Führer pflichtgemäß arbeiten. Zu den Abzeichen der Republik gehören auch ihre Vertreter. Wenn das Heer dem Wehrminister die nötige Achtung entgegenbringen soll, dann sollen Sie (nach links) sich hüten, ihn bei jeder Gelegenheit lächerlich zu machen! Man soll nicht kleine Zwischenfälle immer aufblasen. Das Bündemessen ist eine Gefahr für das Heer, wie die Geschichte aller Länder lehrt. Ich habe die Wunde lange gemähen lassen, bis ich mich von ihrer Gefährlichkeit für die staatliche Autorität überzeugen mußte. Ich wäre ein schlechter Vertreter der Republik, wenn ich da nicht eingriffe! Ich habe reichlich Material und bei der Beratung des Heeresgesetzes wird es vorgetragen werden. Wenn die Wunde verboten werden, werden alle verboten. Der Deutsche Offiziersbund besteht zu neun Behteln aus inaktiven Offizieren. Der Nationalverband Deutscher Offiziere hat mir die größten Schwierigkeiten bereitet. Ich habe mich aber bemüht, auch hier loyal zu sein. Die Kluft zwischen Heer und Volk muß überbrückt werden. Ich bestreite, daß gegen meine Politik von maßgebenden Persönlichkeiten Opposition getrieben wird; wer es besser weiß, zeige seine Beweise! Es heißt immer: Wir

Mit einer Beilage: 9. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

bringen ein Herz und keine Offiziere! Die äußerste Linke denkt immer an die alten Soldatenrate. Ich würde es bedauern, wenn die Soldaten auf diese Agitation hereinfielen. Und Herr Troost hat erkannt, daß dies die wunde Seite seines Systems ist, und hat ausgesprochen, daß, wenn man den friedlichen Offizieren die militärische Verantwortung übertragen müsse, man ihnen auch die notwendigen Rechte geben müsse, und daß die Misere darin bestehe, daß die Menschen jetzt Position einnehmen, die sie nicht bewältigen könnten (Lebhafte Zustimmung rechts); das Wahlprinzip habe sich nicht bewährt, es sei in der Praxis auch schon aufgehoben. Ich habe in Herrn v. Seeckt einen bewährten Mitarbeiter und ich erkläre den für einen elenden Verleumder, der da verbreitet, er habe es abgelehnt, zu mir zu kommen! Ein greifbarer Tatsachen liegt wenig vor, an Verdächtigungen viel. Tatsächlich herrscht Ruhe und Ordnung im Lande. Gerade diejenigen Parteien, die die Verantwortung tragen und die auf dem Boden der Verfassung stehen, sollten in der Kritik eines Inkraumentes wie des Heeres vorsichtig sein und nicht auf jedem Deminganten hereinfallen!

Politische Neuigkeiten.

Der Wortlaut der Pariser Vereinbarung.

* Die gleichzeitig mit der militärischen Note übergebene Vereinbarung zwischen den Alliierten Mächten zur Regelung gewisser Fragen hinsichtlich der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1:

Um die Verpflichtungen, die der Artikel 231 und 232 des Vertrages von Versailles Deutschland auferlegt haben, zu erfüllen, hat Deutschland aus den Rücklieferungen, die es gemäß Artikel 238 zu bewirken hat, und außer allen anderen Verpflichtungen des Friedensvertrages zu zahlen: feste Annuitäten, je zur Hälfte am Ende eines jeden halben Jahres zahlbar, und wie folgt bestimmt:

1. a) 2 Annuitäten von 2 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1923;
- b) 3 Annuitäten von 3 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1926;
- c) 3 Annuitäten von 4 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1926 bis 1. Mai 1929;
- d) 3 Annuitäten von 5 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1929 bis 1. Mai 1932;
- e) 31 Annuitäten von 6 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 1. Mai 1933.

2. 42 Annuitäten, die vom 1. Mai 1921 zu laufen beginnen, je 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr gleichkommen, vom Ertrag dieser Ausfuhr vorweg erhoben werden und in Gold zwei Monate nach Ablauf jeden halben Jahres zahlbar sind. Um die volle Ausführung der vorstehenden Bestimmungen zu 2 sicher zu stellen, wird Deutschland der Reparationskommission alle Erleichterungen gewähren, um den Betrag der deutschen Ausfuhr festzusetzen und die hierfür notwendige Überwachung einzurichten.

Artikel 2:

Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission unverzüglich auf den Anforderung lautende Bonds ausstellen, die an dem in Artikel 1, Ziffer 1 der vorstehenden Vereinbarung vorgesehenen Fälligkeitstage zahlbar sind und deren Betrag jedem der 1/2 Jahresbeiträge für eine Anwendung des genannten Paragraphen zulassen, gleichkommen soll. Der Reparationskommission wird Anweisung erteilt werden, um den Mächten, die es wünschen, die Begehrtheit (Mobilisation) des ihnen nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen zukommenden Anteils zu erleichtern.

Artikel 3:

Deutschland kann von dem festgelegten Zeitpunkt an seine Zahlungen stets im Voraus leisten. Die Vorauszahlungen, die es zahlt, werden dazu verwendet werden, um die festen Annuitäten, so wie sie durch Artikel 1 Ziffer 1 bestimmt sind, zu ermäßigen. Diese Annuitäten werden zu diesem Zweck bis zum 1. Mai 1923 mit 8 Prozent, vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1925 mit 6 Prozent und vom 1. Mai 1925 an mit 5 Prozent diskontiert werden.

Artikel 4:

Deutschland wird weder mittelbar noch unmittelbar irgend eine Kreditoperation außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen. Diese Bestimmungen finden auf die Reichsregierung, die Regierungen der deutschen Länder und die deutschen Provinzial- und Gemeindebehörden und auch auf jene Gesellschaften und Unternehmungen Anwendung, die von der deutschen Regierung oder von deutschen Behörden überwacht werden.

Klavierabend Alfred Hoehn.

Alfred Hoehn ist in kurzer Zeit der Lieblingspianist der Karlsruher geworden, wie ein gedrängt besetzter Saal zeigte. Er hat viele Vorzüge, die ihn rasch unsere Sympathie gewinnen ließen: die ruhige, vornehme Art seines Auftretens, der gemessene Ernst, mit dem er an das Kunstwerk herantritt, das gänzliche Fehlen virtuoser Alüren, vor allem aber sein musikalisches Können. Seine Technik ist zu reifer Vollkommenheit gediehen. Sie hat Schmie, Glanz, Regiertheit, Ausdauer und Energie, Geschmeid und Temperament haben ihn über die äußeren Schwierigkeiten hinweggeführt bis zum Kern des Kunstwerks, dessen innere Schönheiten von ihm erschlossen werden. Sein Bach-Spiel ist von lauterer Klarheit und rhythmischer Sicherheit und Strenge und doch voll Leben und Wärme. Beethoven, den jungen Beethoven der Es-Dur Sonate, brachte er dramatisch und farbig heraus. Er schließt Perspektiven auf und läßt in die Tiefe schauen. Das Largo von gran espressione atmete echte Innigkeit. Schumanns „Carnaval“ war sprühendes Feuer, Aufleuchten aller geistigen Einfälle, schillerte in allen Stimmungen und hatte doch eine durchgehende Linie. Sein Chopin hatte etwas Aufwühlendes. Welche Schattierungen, das Verschleiern schwerer Stimmungen, das Aufbäumen herrlicher Empfindungen, alles ist sicher erfasst und plastisch hingestellt. Vielleicht bringt uns Hoehn ein andermal etwas mehr Chopin. Die Keinen Sachen von Scott und Debussy waren interessante Impressionen, denen man gerne sein Ohr lieh. Der Beifall war stark und herzlich. Hugo Koller.

Kritik und gewalttame Belehrung.

Zu dem von uns veröffentlichten Aufsatz von Dr. Friedrich Mühl in München geht uns folgende Berichtigung zu: „1. In Nummer 20 der „Karlsruher Zeitung“ vom 25. Januar 1921 erklärt Herr Dr. Friedrich Mühl in einem Aufsatz „Kritik und gewalttame Belehrung“: „Neben den Konzerten, die der Konzertverein München unter der hervorragenden Leitung Sigmund von Hausegger veranstaltet, hatte auch ein

Artikel 5:
In Anwendung des Artikels 182 des Friedensvertrages von Versailles haben alle Güter- und Einnahmequellen des Reiches und der Länder als Sicherstellung einer restlosen Ausführung der in der gegenwärtigen Vereinbarung getroffenen Bestimmungen durch Deutschland zu dienen.

Der Ertrag der deutschen See- und Landzölle einschließlich insbesondere des Ertrages aller Ein- und Ausfuhrabgaben und aller Nebenabgaben bilden ein besonderes Pfand für die Durchführung der gegenwärtigen Vereinbarung. Eine Änderung in der Zollgesetzgebung oder in den Zollverwaltungsbestimmungen Deutschlands, die geeignet ist, den Ertrag für die Zölle zu vermindern darf ohne Zustimmung der Reparationskommission nicht vorgenommen werden.

Die Einnahmen der deutschen Zolleinnahmen sind für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalsolleinnehmer für die deutschen Zölle zu vereinheitlichen, der von der deutschen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden wird. Falls Deutschland eine in der gegenwärtigen Vereinbarung vorgesehene Zahlung unterlassen sollte, können

1. der gesamte oder ein Teil des Ertrages der deutschen Zölle in der Hand des Generalsolleinnehmers für die deutschen Zölle durch die Reparationskommission beschlagnahmt und von ihr zur Erfüllung jener Verpflichtungen verwendet werden, die Deutschland zu erfüllen unterlassen hat. In diesem Falle kann die Reparationskommission wenn sie es für nötig hält, die Verwaltung und die Bereinigung der Zölle selbst übernehmen.

2. Die Reparationskommission kann außerdem die deutsche Regierung auffordern, die Tarife zu erhöhen oder zur Vermehrung ihrer Einnahmequellen die von dieser Kommission für unumgänglich erachteten Maßnahmen zu treffen.

3. Wenn diese Aufforderungen ohne Erfolg blieben sollten, so kann die Kommission die Aufgabe der Nichterfüllung der deutschen Regierung formell feststellen und diese sachlich den a. und a. Mächten unterbreiten, die dann die von ihnen für gerechtfertigt erachteten Maßnahmen ergreifen werden.

Geschehen in Paris, den 29. Januar 1921.
gez.: Henry Jaspar, Ar. Briand, G. Sforza, R. Jishi.

Das Reichskabinett trat gestern unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten erstattete Bericht über die Note des Obersten Rates vom 20. Januar. Nachmittags trat das Reichskabinett nochmals zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der durch die Ententente geschaffenen Lage zu befassen. Den Vorsitz führte Reichspräsident Ebert. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, herrscht innerhalb des Reichskabinetts Einigkeit darüber, daß die Vorläufe der Entente in der Reparationsfrage unüberwindlich sind. Das schließt nicht aus, daß man andere Vorschläge vielleicht im Wege weiterer Beratungen mit der Entente finden kann, auf deren Grundlage die Verhandlungen fortgeführt werden könnten. Heute, Dienstag früh, setzte das Reichskabinett seine Beratungen fort.

Die Note über die Entwaffnungsfrage.

In der Note des Obersten Rates vom 20. Januar wird darauf hingewiesen, daß der von der deutschen Regierung eingebrachte Entwurf eines Reichswehrgesetzes die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht zwar für das Reich, nicht aber für die einzelnen Länder ausbrückt. Auch seien darin Ergänzungsgruppen und andere nicht näher bezeichnete militärische Organisationen festgelegt. Weiter heißt es u. a., die Stärke gewisser Formationen und eine beträchtliche Anzahl militärischer Angestellten der Zentralverwaltung übersteigt weit die vom Vertrag zugelassene Zahl (916 statt 300). Die Entwaffnung Deutschlands sei weit davon entfernt, beendet zu sein. Eine große Menge Material sei bei den Truppenkörpern, Depots und Arsenalen zurückgehalten. Zahlreiche Waffen seien noch in den Händen der Zivilbevölkerung. Die deutsche Regierung habe die Aufhebung des nicht zugestandenen Artilleriematerials von Küstrin und Böhen-Bogen, sowie der schweren Artillerie von Königsberg hinausgeögert und verlange für die Landbeseitigungen weitere, nichtvertraglich festgelegte Materialien, wie sie namentlich 2600 Maschinengewehre behalten wolle. Sie verzögere die Auslieferung des nicht zugestandenen Materials und wolle 1086 Geschütze statt 420 behalten. Die Schließung von Werkstätten und die Zerstörung von Maschinen zur Verringerung von Kriegsmaterial seien nicht unter den vorgeschriebenen Bedingungen durchgeführt. Die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen habe erst begonnen. Ihre Auflösung sei noch nicht durchgeführt. Die deutsche Regierung beanspruche das Recht, diese Organisationen aufrechtzuerhalten.

Kapellmeister Adler Saal und Orchester für 10 Konzerte gemietet und da er bei der Kritik — mit Recht — keine Anerkennung fand, sich beleidigt (auf einem Programm und in einem Brief an eine Redaktion) über die Kritik geäußert. Folge: Boykott der Konzerte Adler durch die Münchener Koncertkritik.

2. Diese Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Wichtig ist, daß der über Herrn Kapellmeister Adler verhängte Boykott mit einer Nichtanerkennung seiner Leistung durch die Münchener Kritik überhaupt keinen Zusammenhang hat. Vielmehr hat sich Herr Kapellmeister Adler bei der Redaktion einer Münchener Zeitung lediglich darüber beschwert, daß der Musikkritiker dieser Zeitung eine von ihm aufgeführte Symphonie eines Dresdener Komponisten in einer ihm nicht sachkundig erscheinenden und persönlich herabsetzenden Form kritisiert hatte. Von der eigenen Leistung des Herrn Kapellmeister Adler oder von deren Nichtanerkennung war bei der ganzen Angelegenheit überhaupt keine Rede.

3. Es ist auch unrichtig, daß die Dirigentenleistung des Herrn Kapellmeister Adler bei der Kritik keine Anerkennung gefunden habe. Wichtig ist, daß sich ein Teil der Münchener und auswärtigen Koncertkritik in höchst anerkennender, ein anderer Teil in abfälliger Weise geäußert hat. Die Zahl der anerkennenden Kritiken überwiegt bei weitem.

4. Unrichtig ist, daß Herr Kapellmeister Adler sich in einem Briefe und auf einem Programm in beleidigender Weise wegen einer Nichtanerkennung geäußert habe. Wichtig ist, daß Herr Kapellmeister Adler in dem fraglichen Briefe ohne jede persönliche Schärfe rein sachlich seinen Standpunkt dargelegt hat, wie auch von seiten der Kritiker anerkannt wurde. Wichtig ist ferner, daß er auf einem Handzettel (nicht auf einem Programm!) die günstigen und eine unangünstige Kritik gegenübergestellt hat, ohne selbst einen Kommentar hinzuzufügen.

5. Unrichtig ist, daß der Boykott über Herrn Kapellmeister Adler wegen einer angeblichen Beleidigung verhängt wurde. Wichtig ist vielmehr, daß das Boykottschreiben des Kritikerverbandes die Verhängung des Boykotts nur damit begründet hat, daß Herr Kapellmeister Adler dem von ihm als unsachlich angesehenen Kritiker Freikarten zu seinen Konzerten vorkaufte hat.

Wir haben diese Berichtigung unserem Mitarbeiter in München zur ev. Aupferung überandt.

zen und ihre Bewaffnung in Bayern und in Ostpreußen bis zu einem späteren Zeitpunkt hinauszuschieben. Die in Douligne vorgeschriebene Auflösung der Sicherheitspolizei sei nicht durchgeführt worden.

Die Note führt dann die Entschärfung der alliierten Regierungen an, die die deutsche Regierung auffordert, bis zum 6. März 1921 das gegenwärtig im Reichstag vorliegende Reichswehrgesetz zu verabschieden, nachdem es zuvor mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht worden ist, namentlich hinsichtlich der allgemeinen Wehrpflicht, die gegenüber dem Reich befristet werden müsse. Bis 15. April 1921 sei das 100 000 Mann starke Heer mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen und das Jubel der Offiziere und Angehörigen der Zentralverwaltung zu befestigen. Bis 28. Februar 1921 sei das restliche Kriegsmaterial auszuliefern, das infolge der Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann überschüssig geworden sei, ferner das bei den Truppenkörpern, den Depots und Arsenalen angeammelte Material, das Ersatz-Verfügungsmaterial und die noch in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen. Außerdem dürften von dem angegebenen Termin ab Küstrin und Böhen-Bogen leererlei Geschütze und Ausrüstungen, und die feste Königsberg dürfe nicht mehr als 22 schwere Geschütze haben. Für die Ausrüstung der Seebesatzungen werden nur 420 bewilligt statt der deutscherseits geforderten 1086.

Erklärung des Ministers Dr. Simons im Reichstag.

* Im Reichstoge ergriff gestern vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichsminister des Äußern Dr. Simons das Wort, um in Gegenwart des Gesamtministeriums folgende Mitteilung zu machen:

Gestern abend ist mir durch Fernschreiber der Wortlaut des Beschlusses mitgeteilt worden, den die Pariser Konferenz am Samstag gefaßt hat. Das Original der Mitteilung ist von der Konferenz dem Vorsitzenden unserer Friedensdelegation in Paris übergeben worden und wird, wie ich annehme, spätestens morgen früh in meinen Händen sein. Ich bin veranlaßt, daß der Inhalt der Beschlüsse sobald wie möglich der Presse zugänglich gemacht wird. Das Schriftstück ist außerordentlich umfangreich. Es ist während der Nacht und in den Vormittagsstunden im Auswärtigen Amt überfetzt und vervielfältigt worden. Gegenwärtig unterliegt es der Beschlußfassung des Kabinetts. Ich habe heute morgen darüber im Kabinett Vorträge gehalten; die Kabinettsitzung wird heute nachmittag fortgesetzt werden.

Ich habe nicht die Absicht, heute schon auf den Inhalt des Schriftstückes einzugehen, und will nur so viel sagen, daß der Beschlus aus einer Note und zwei Anlagen besteht. Die Note nimmt Bezug auf die Anlagen für Beschlüsse einerseits in der Entwaffnungsfrage, andererseits in der Frage der Reparation. Während die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage als endgültig bezeichnet wird, trifft die Entscheidung in der Reparationsfrage zunächst Propositionen, deren einstimmige Annahme allerdings mit Nachdruck hervorgehoben wird. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter auf Ende Februar nach London zu senden.

Ich bin nicht in der Lage, bevor die Beratungen des Kabinetts abgeschlossen sind, näher auf den Inhalt des Schriftstückes einzugehen und meinerseits Stellung dazu zu nehmen. Es liegt mir aber außerordentlich daran, daß Sie den von der Regierung und von mir eingenommenen Standpunkt möglichst bald erfahren. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn das hohe Haus beschließen würde, morgen an allererster Stelle die Tagesordnung zu setzen, so daß wir in der Lage sind, hier im hohen Hause sowohl von Regierungen, wie von Parlamenten wegen zu dieser wichtigen Frage sofort Stellung zu nehmen.

Unter dem Eindruck dieser Mitteilungen des Ministers Dr. Simons brach das Haus die Sitzung ab und beschloß morgen, Dienstag nachmittags 4 Uhr zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung wieder zusammenzutreten.

79 Milliarden Fehlbetrag.

* Im Reichsrat führte Ministerialdirektor Sachs zum Haushaltsetat aus, der ursprüngliche Etatsentwurf schloße mit 92,3 Milliarden ab. Der ursprüngliche Fehlbetrag von 49 Milliarden ist auf 67 Milliarden gestiegen. Die Ergänzungen für 1920 bringen eine weitere starke Verschlechterung der Finanzlage, durch die die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen sind. Die Gesamtsumme der Jahresleistungen zur Ausführung des Friedensvertrages habe sich schon jetzt auf 42,5 Milliarden gesteigert. Allein die laufenden Kosten für die interalliierte Rheinlandkommission haben sich von 20 Millionen auf 115 Millionen erhöht. Zu seinen Angaben über den Ergänzungsetat führte Ministerialdirektor Sachs aus, daß der ungeheure Fehlbetrag von 79 Milliarden mit allen Mitteln strengster und rücksichtslosster Beschränkung vermindert werden müsse.

Die Presse der Schwerindustrie.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ beitrete in einer Polemik mit den „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß diese ein wirklich ungedecktes demokratisches Blatt sei und führt zum Beweise folgendes an: Die eigentliche Leitung der Zeitung liegt in den Händen eines Dreimänner-Kollektivs, das sich aus dem alldeutschen vaterlandsparteilichen Triplex-Propaganda-Centrum, aus dem Direktor der deutschen Nationalen Berliner „Post“ Gerschel und aus dem deutschen Nationalen Kommerzentrat Seitz zusammensetzt. Die Herren Gerschel und Seitz sind gleichzeitig die leitenden Personen des deutschen „Konkurrenzblattes“ der „Münchener-Augsburger Abendzeitung“, die im Solbe der Schwerindustrie steht. Gegen einen solchen Verdacht setzen sich die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit Händen und Füßen zur Wehr, indem sie jede Bemerkung, die sich mit dem Sinnes-Konzern in Verbindung bringt, als eine Ehrabschnedung zu brandmarken suchen. Aber sie haben ihren Lesern bisher nicht mitgeteilt, daß wenn nicht der Herr Sinnes, so doch ein anderer Großer aus dem Reich der Schwerindustrie sie mit recht hübschen Millionensummen alimentieren hilft, nämlich Herr Saniel.

Mitti über den Versailler Frieden.

* Der ehemalige italienische Ministerpräsident Mitti veröffentlicht einen weiteren für Amerika bestimmten Artikel über den Versailler Frieden, der noch vor der Pariser Konferenz geschrieben ist und ein geradezu vernichtendes Urteil über das gesamte Friedenswerk enthält. Der Vertrag, von Sach- und Sachgeschäften diktiert, wolle nicht nur die Besiegten niederbrücken, sondern ihre Lebenskraft erlöchen. Ein solcher Pluch sei beipielsweise in der neuen Verfassung und finde nur im grauen Altertum seinesgleichen. Niemand habe man gewagt, ein solches System anzuwenden. Unmöglich könnten die Deutschen durch Generationen solche Schlägerei ertragen, vielmehr müßten auch die Sieger Kasten übernehmen und die deutsche Schuld so bemessen, daß sie von der jetzigen Generation in wenigen Jahren abgetragen werden könne, sonst gingen Sieger und Besiegte miteinander unter.

Kurze polit. Nachrichten.

Die Deutschen auf der Londoner Konferenz. Nach der "Liberale" hätten die Vertreter des Deutschen Reiches, die zur Londoner Konferenz kamen, nicht das Recht, Änderungen an dem getriggen Abkommen zu verlangen. Die Alliierten würden nichts an ihren Beschlüssen ändern. Den deutschen Vertretern werde nur das Recht zuerkannt werden, Bemerkungen über Einzelheiten der Ausführung vorzubringen.

Erhöhung der Eisenbahnfrachttarife. Der Verkehrsbeitrag im Reichsverkehrsministerium hat die Tarifunterkommission beauftragt, sofort einen Entwurf über die neuen Gütertarife fertigzustellen, die voraussichtlich am 1. April in Kraft treten werden. Da der neue Gütertarif nicht eine einheitliche Erhöhung der Frachtpreise, sondern eine Abstufung entsprechend der Hochwertigkeit der Waren vorsieht, werden Vertreter von Handel und Industrie an den Beratungen teilnehmen.

Die Protration. Entgegen der von einer Berliner Telegrammagentur verbreiteten Meldung, daß Reichsernährungsminister Hermes im Reichstag erklärt habe, daß vom 15. Februar an die Protration um 200 Gramm erhöht werde, und daß dieser Stand bis zum Ende des Wirtschaftsjahres durchgeführt werden soll, erklärt das W. T. B. von zuständiger Stelle, daß der Minister tatsächlich nur gesagt hat, daß die Protration in dem bisherigen Umfang voraussichtlich bis Ende des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres gesichert und daß vom 15. Februar an die Nachprotration auf 200 Gramm erhöht wird.

Zunahme der Arbeitslosigkeit. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist vom 15. 12. bis 1. 1. um 43 000 auf 409 000 gestiegen, und zwar hat sich die Zahl der männlichen von 292 000 auf 333 000 und der weiblichen von 74 000 auf 76 000 erhöht. Der besonderen Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht eine starke Zunahme der Familienangehörigen von 381 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen mit den Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen bilden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und der mitbetreffenden Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern überschreiten, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten Kurzarbeiter tritt. Wenn trotz der Arbeitslosigkeit und trotz der Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, durch die 200 000 Arbeitern Beschäftigung verschafft wurde, die Erwerbslosigkeit zu gewaltig ansteigt, so zeigen sich damit nicht zuletzt die Folgen des Kohlenabkommens von Spa, dessen drohende Wirkungen auf die deutsche Industrie mehr und mehr in die Erscheinung treten.

Der Danziger Volkstag. Nach einer Meldung aus Danzig wurde in der letzten Sitzung des Volkstages an Stelle des bisherigen Präsidenten Reinhardt, der als Generalinspektor der dortigen Schulen berufen worden ist, der deutsch-nationale Hochschulprofessor Mattheß zum Präsidenten des Volkstages gewählt.

Stresemann und die Deutschnationalen. Nach einer Meldung der "Kölnischen Zeitung" aus Königsberg sollten die dortigen Führer der Volkspartei, um den Einbruch einer Reihe Stresemanns zu verhindern, sich bei der deutschnationalen Volkspartei wegen dieser Rede entschuldigt und erklärt haben, daß der Kampf der deutschen Volkspartei auch weiterhin auf der Schulter mit den Deutschnationalen gegen die Demagogen geführt werde. Zu dieser Meldung teilt Dr. Stresemann mit, daß ihm die Zeitung der Deutschen Volkspartei in Königsberg telegraphisch habe, daß an der behaupteten Mitteilung kein wahres Wort sei.

Bayerische Einwohnerwehr und Reichswehr. Wie die "Köln. Ztg." aus München meldet, hat der Landesauschuss der bayerischen Einwohnerwehren in seinen Sitzungen die Paragraphen 9 und 10 gestrichen, wovon bestimmt war, daß dem bayerischen Landesauschuss der Einwohnerwehren der Verkehr mit dem Reichswehrministerium und mit den Reichswehrbrigaden obliege. Damit hört der Zusammenhang der Einwohnerwehr mit der Reichswehr auf.

Das deutsche Eigentum in Italien. Das Dekret betr. die Konfiskation des großen deutschen Eigentums ist bereits vom Obersten italienischen Rechnungshof unter dem Vorbehalt seiner juristischen Korrektheit registriert worden. Trotzdem besteht noch die Hoffnung, daß es vorläufig nicht angewandt wird. Jedenfalls muß das Dekret noch dem Parlament vorgelegt werden, was nicht auch noch seiner Durchführung gesehen könnte. Endlich enthält das Dekret die Bestimmung, daß Deutschland das konfiskierte Eigentum ablösen kann.

Zwei Volksabstimmungen in der Schweiz. Eine eidgenössische Volksabstimmung ergab für das Volksbegehren auf Unterstellung der Staatsverträge von mehr als 15jähriger Dauer unter das fakultative Referendum, eine annehmende Mehrheit von weit über 200 000 Stimmen und gegen die sozialdemokratische Initiative auf Abschaffung der Militärjustiz eine verworfende Mehrheit von über 150 000 Stimmen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Der Haushaltsauschuss hat gestern die Beratungen des 2. Nachtrags zum Staatsvoranschlag für 1920, Hauptabteilung Finanzministerium, zu Ende geführt.

Der amerikanische Entführungsversuch in Eberbach.

Zu dem amerikanischen Übergriff in Eberbach erfahren wir von unterrichteter Seite, daß im Auftrage des kommandierenden Generals der amerikanischen Besatzungstruppen in Coblenz ein höherer Offizier bei dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete daselbst vorgesprochen hat. Er erklärte formell die Entschuldigung des Generals bei der deutschen Reichs- und der badischen Landesregierung wegen der von 2 amerikanischen Kriminalbeamten versuchten Verhaftung des Deutschamerikaners Bergdoll auf badischem Gebiet, sowie des Bedauerns des Generals über das von ihm nicht gebilligte Unternehmen. P. A.

Über die Vernehmung der Personen, die hier versuchten, im Auftrage der Amerikaner zwei Deutschamerikaner zu entführen, berichtet die "A. Landeszeitg." noch folgendes: Ein amerikanischer Oberst, der bei den Verhandlungen im Eberbacher Gerichtsgefängnis anwesend war, hat die Forderung gestellt, daß die beiden festgenommenen Amerikaner, der Detektiv Reaf und der Sergeant Pomeroy, zur Verurteilung nach Coblenz ausgeliefert werden sollen. Dieser Forderung hat der Vertreter der Anklagebehörde unter Hinweis auf die deutschen Gesetzvorschriften natürlich nicht entsprochen, und die rechte Menschenmenge, die das Gefängnis bis zur Vernehmung der Unterhaltung belagert hatte, konnte beruhigt abgehen: Im Auto verließ der amerikanische Oberst und sein Begleiter, gemeinsam mit zwei Herren von der Generalstaatsanwaltschaft, die mit ihm erschienen waren, wieder Eberbach. Der Detektiv Reaf, ein Mann von 28 Jahren, wird als ein außerordentlich gewandter und waghalsiger Kriminalbeamter geschilbert, der vor einiger Zeit in München eine Entführung vorgenommen hat. Der von den Amerikanern gesuchte Bergdoll ist in Amerika entflohen, als er unter starker Verwahrung aus dem Gefängnis in seine Wohnung geschickt wurde, um 100 000 Dollar zur Bezahlung einer Geldstrafe zu holen. Unterdessen wurden die Begleiter betrunken gemacht und Bergdoll entließ in dem von Stecher besorgten Automobil. Angeblich sollen auf dieser rasenden Automobilsfahrt drei Personen überfahren worden sein, was jedoch von Bergdoll entschieden bestritten wird. Bergdolls Reichtum wird märchenhaft groß geschilbert; er soll Milliarden besitzen und zu den 20 reichsten Leuten von Amerika gehören. Tatsache ist jedenfalls, daß Bergdolls Mutter zu einer Geldstrafe von 2 Millionen Dollar in Amerika verurteilt worden ist, weil sie ihr Vermögen unrichtig angegeben hatte.

Am meisten belästigt von den 6 Raubgefallen erscheint der Monteur Reim aus Widdern bei Neckarjülich, der in Eberbach von langer Hand eine Gelegenheit zur Entführung ausgenutzt hatte. Die Hochzeitsfeier in Wimmersbach bei Eberbach, an der Bergdoll und Stecher teilnehmen sollten, erschien ausgezeichnet für den abenteuerlichen Plan geeignet. Alle Einzelheiten hatte Reim ermittelt, sogar die Kilometergeschwindigkeit des Bergdollschen Kraftwagens, und als er nach Coblenz fuhr und dem Detektiv Reaf seinen Plan unterbreitete, war dieser sofort zur Handlung bereit. Reaf hat sich fürzlich mit einer Deutschen verheiratet und jammert nur, daß er seine Frau nicht mehr wiedersehen werde. Bei seiner Festnahme war er der bestimmten Ansicht, daß man ihn ohne viel Federlesens einen Kopf kürzer machen würde, wie es früher deutschen Untertanen passiert wäre, wenn sie eine gleiche Raubfahrt ins amerikanische Gebiet unternommen hätten.

In der "Eberbacher Zeitung" wird ein Bericht veröffentlicht, den Herr Grober Bergdoll über seine Flucht aus Amerika gegeben hat. Danach erhielt Bergdoll am 13. August 1917 den Befehl, sich zum Seeresdienst in Amerika zu stellen. Da er jedoch entschlossen war, nicht gegen Deutschland, das Heimatland seiner Eltern zu kämpfen, verließ er seinen Geburtsort Philadelphia. Bis Anfang Januar 1920 hielt sich Bergdoll in den Vereinigten Staaten auf und wurde am 7. Januar 1920 von ungefähr 150 Polizisten verhaftet. Später wurde er zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Als er im Gefängnis saß, erhielt er die Mitteilung, daß er gegen eine Bestechungssumme von 100 000 Dollar seine Freiheit erlangen könne. Wer das Geld erhalten sollte, war nicht zu erfahren. Bergdoll gab nun an, daß er im Gebirge von Westvirginien 200 000 Dollar in Gold vergraben habe, die er aber selbst holen müsse, da sonst niemand den Ort kenne. Er erhielt die Genehmigung zur Herbeiführung des Goldes, wurde aber bei seiner Reise von zwei Unteroffizieren begleitet. So fuhren sie nach Philadelphia. Dort bahnte die Unteroffiziere Herrn Bergdoll um Überlassung von Whisky, da sie infolge des Alkoholverbotes seit langem keinen mehr erhalten hatten. Bergdoll gab ihnen so viel, daß sie ziemlich betrunken waren. Mit Hilfe seines Chauffeurs E. Stecher konnte Bergdoll dann im Automobil entfliehen. Die Vereinigten Staaten verließ er an der amerikanischen Grenze, mußte aber sein Automobil und sein Gepäck zurücklassen.

Mit solchen Rissen reisten Bergdoll und Stecher als Engländer über London nach Biffingen. Von Biffingen fuhren sie mit der Bahn nach Eberbach, wo sie am 25. Juli 1920 eintrafen. Die beiden verhafteten Amerikaner bestätigten, daß ihre Behandlung im Gefängnis gut sei. Sie seien von den Besatzungsbehörden gesandt und hätten die Eigenschaft von Militärpolizisten.

Der Milchstreik in Mörsch.

P. A. In Nr. 31 des "Karlsruher Tagblatts" vom 1. Februar erschien eine Notiz aus Mörsch, in der mitgeteilt wurde, der dortige Milchstreik sei dadurch beendet worden, daß den Landwirten durch eine Bürgervereinbarung ein Preis von 2 Mark bewilligt worden sei. Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt: Die Überschreitung des Landeshöchstpreises für Milch ist unter keinen Umständen zulässig. Gegen diejenigen Personen, die eine Überschreitung des Höchstpreises betreiben haben, wird ein staatsanwaltliches Verfahren eingeleitet werden.

Eine Entschliebung der badischen Preisprüfungsstellen.

Die vor kurzem in Karlsruhe abgehaltene Landestagung der badischen Preisprüfungsstellen, die sich mit dem Ausbau des Wirtschaftsstellenwesens und der Sicherstellung der Fleischversorgung durch eine einheitliche und gemeinsame Erziehung und Verteilung des Schlachtviehs im Land und Reich beschäftigte, faßte folgende Entschliebung:

1. Es sind bei den entsprechenden Landesleitungen Schritte zu unternehmen, um die örtlichen Preisprüfungsstellen Badens, Hessens, Württembergs, Bayerns, Hohenzollerns und der Pfalz zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.
2. Die badische Landesleitung wird ersucht, die Behörden des Reichs schub zu angewöhnen, die wucherliche Überschreitung der von den örtlichen Preisprüfungsstellen festgesetzten Höchstpreise kräftiger als bisher zu verfolgen, da sonst eine erfolgreiche Arbeit der Preisprüfungsstellen ausgeschlossen ist.
3. Die einheitliche und gemeinsame Schlachtvieherziehung und -verteilung im Land und Reich durch gemeindliche und genossenschaftliche Gliederung der landwirtschaftlichen Erzeuger, Metzger- und Verbrauchsvereine ist ein Ziel, das zum Zwecke der Gesundung der Volkswirtschaft und Fleischversorgung erreicht werden muß; der Vorschlag der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft soll den Wirtschaftsleitungen der Bundesstaaten, sowie der Reichswirtschaftsleitung mit dem Ersuchen vorgelegt werden, die zur Verwirklichung des Gedankens erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Konstanz, 31. Jan. Drei Belgier wollten Silber nach der Schweiz bringen und baten auf der Straße einen jungen Mann, ihnen Mitteilungen darüber zu machen, wie man das Silber am besten verschleiben könne. Der junge Mann brachte nun die Belgier an die richtige Stelle, nämlich auf das Landespreisamt. Dort wurde das Silber beschlagnahmt und Anzeige an die Staatsanwaltschaft gemacht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Zulassungsprüfung für Wagenlenker nach Rehl Ort und Übergang Frankreich durch die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe ist nicht mehr erforderlich.

* Vom Flugverkehr. Aus Baden-Baden wird uns geschrieben: Nach Mitteilung des Verkehrsvereins hat ihn die Badische Luftverkehrs-Gesellschaft (Baden-LoS) davon in Kenntnis ge-

setzt, daß die internationalisierte Luftüberwachungskommission Einspruch gegen den Flugverkehr in der neutralen Zone erhoben und die deutsche Regierung nunmehr Protest gegen diesen Einspruch eingelegt hat. Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß dieser Protest zu dem gewünschten Ergebnis führt und der Flugverkehr, der nur verkehrspolitischen Zwecken dient, wieder freigegeben wird.

* Zu den Württembergisch-Badischen Zusammenschließungsbestrebungen schreibt die "München-Augsburger Abendzeitung" u. a.: Die Bestrebungen einer mit der Spitze gegen Bayern gerichteten badisch-württembergischen Vereinigung seien weder der freundschaftlichen Beziehungen untereinander noch der Vertretung gemeinsamer süddeutscher Interessen zuträglich, sondern die Souveränität der süddeutschen Interessen habe die Richtschnur zu sein, wenn die in so glücklicher Weise von Süddeutschland begonnene allmähliche Wiedergesundung unserer innerpolitischen Reichsverhältnisse nicht wieder zu Bruch gehen sollte.

LPD. Mannheim, 28. Jan. Der Schiffsverkehr auf dem Rhein ist zurzeit außerordentlich lebhaft. Ein Schleppzug folgt dem andern, jeder mit sechs bis acht gut beladenen Schiffen im Anhang. Manchmal kann man in einer Stunde 5 bis 10 solcher Schleppzüge auf ihrer Bergfahrt beobachten. Das bedeutet einen Massenverkehr von weit über 1 Million Zentner pro Tag. Die Besserung des Schiffsverkehrs dürfte jedenfalls eine halbige bedeutende Verbilligung der ganz gewaltig gestiegenen Schiffsfrachten herbeiführen.

LPD. Mannheim, 29. Jan. Die Intendantenstelle am hiesigen Nationaltheater soll nach einem Beschlusse des Stadtrats, zur Bewerbung ausgeschrieben werden. Für die Zeit bis zum Amtsantritt des neuen Intendanten sollen die Geschäfte von einem sachmännischen Dienstverweiser geführt werden.

LPD. Heidelberg, 29. Jan. Für den Beschaffungsfonds der Königsstuhlsternternte stifteten im Anschluß an einen gestern in Pforzheim von Hauptgeschäftsführer Hermann Bagusche, Heidelberg gehaltenen und von über 1000 Personen besuchten Lichtbildervortrag über die Wunder der Sternennwelt, Frau Elsa und Herr Josef Alfred Bloch-Wertheimer in Pforzheim den Betrag von 5000 Mark.

LPD. Heidelberg, 31. Jan. Der Mechaniker Heinrich Fuhs aus Biffingen trat hier, in Durlach und in der Umgebung von Durlach und von Heidelberg als Freiherr von Stein, Fliegerleutnant und Korpsstudent auf und machte große Feh- und Wohnungsschulden und verübte zahlreiche Schwindelereien. Die Strafkammer verurteilte ihn deshalb zu zwei Jahren und 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

LPD. Offenburg, 29. Jan. Der Stadtrat hat beschlossen, mit einem Kostenaufwande von 550 000 Mark die abgebrannte landwirtschaftl. Halle wieder aufzubauen.

* Offenburg, 28. Jan. In sein diesjähriges Winterprogramm hatte der Gewerbe- und Handwerkerverein einen Vortragsabend aufgenommen, der gestern zur Ausführung gelangte. Herr Landgerichtsrat Dr. Führer-Karlsruhe, ein Sohn Offenburgs, hatte den Vortrag übernommen und als Thema desselben gewählt: "Handwerk in der neuen Wirtschaft". Die nahezu zweistündigen gehaltenen Ausführungen über den Aufbau und für sich spröden Stoff, dem Redner aber warmes Leben einzuhauchen verstand, waren geeignet, die Aufmerksamkeit der Hörer bis ans Ende zu fesseln. Zum Schluß faßte der Redner den Inhalt des Vortrags in folgende drei Punkte zusammen: 1. Das Handwerk hat bestimmte wirtschaftliche Funktionen, individuelle und örtliche Befriedigung des Bedarfs; 2. das Handwerk lehnt Sozialisierung und Kommunalisierung ab insofern, als darunter Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Aufhebung der Selbständigkeit des Einzelnen zu verstehen ist. Dem Gedanken der Gemeinwirtschaft ist durch genossenschaftlichen Zusammenschluß unter Beteiligung der Gemeinden Rechnung zu tragen; 3. das Handwerk begrüßt die Schaffung des Reichswirtschaftsrats und hält dessen Fortbildung zu einem berufständigen Parlament aller schaffenden Stände des deutschen Volkes für notwendig. Mit hoffnungsvollem Ausblick auf die Zukunft endigte der Redner, dem die sehr gut besuchte Versammlung durch starken Beifall dankte.

LPD. Endingen a. N., 28. Jan. Bei einer Diebstahlsvernehmung hier wurden unerwartet Rastpreise erzielt. Der Morgen Ackerland kam auf 500-600 Mark zu stehen.

LPD. Freiburg, 29. Jan. Die badischen Hochschulen haben sich einmütig gegen die vom preussischen Finanzminister angeordnete Erhöhung der Unterrichtsgebühren von 8 auf 25 M. für die Wochenstunde ausgesprochen.

LPD. Lörrach, 31. Jan. Bei einem Ständchen des Gesangsvereins "Eintracht" in Biffingen brachten einige Burchen Sprengkapseln zur Entladung. Von einem der Schiffe wurde der 17jährige Max Weiß vollständig zerrissen. Sein Kamerad, der 16jährige Max Winter, wurde ebenfalls schwer verletzt und wurde sofort in das Spital nach Lörrach verbracht.

LPD. Konstanz, 28. Jan. In der Nacht auf den 25. Januar drangen 6 herummurmelnde Räuber auf einen Einödhof ein, schlugen den Hofbesitzer nieder und raubten Lebensmittel im Werte von etwa 1500 Mark und entkamen. Dieser Lage wurden zwei Personen wegen eines Diebstahls verhaftet. Die Erhebungen ergaben vier weitere Diebstahle und im Laufe der Untersuchung konnten auch die 6 Personen ermittelt werden, die den Raub auf dem Einödhof begangen hatten.

Aus der Landeshauptstadt.

Zur Eröffnung der mensa academica an der Technischen Hochschule in Karlsruhe

Bei der Eröffnung der mensa academica an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses mit den vom Landtag bewilligten 120 000 M. umgebaut und eingerichtet. Die badische Bezirksbauinspektion Karlsruhe, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat nun im Rahmen der verfügbaren Mittel einen ebenso zweckmäßigen wie gediegenen Wirtschaftsbetrieb eingerichtet worden war, beschloß nunmehr das badische Unterrichtsministerium ihren Ausbau zu einem selbstverwalteten Betriebe. Da kein geeignetes Gebäude für ein Studentenheim verfügbar war, wurden nach dem Vorgange der Universität Freiburg die Kellerräume des Aulahauses

maßigkeit in einem Aluminiumgefäß mit Porzellanfasser portionweise gegen Speisemarke verpackt wird. Serviert wird nicht, jeder Student bedient sich selbst und sorgt auch für Entfernung des gebrauchten Geschirrs.

Die Leitung des wirtschaftlichen Betriebs liegt in den bewährten Händen von Schwestern des Genossenbundes. Mitglieder des Studentrates, die sich auch an der Einrichtung und der Lebensmittelbeschaffung beteiligen, besorgen das Geschäftliche. Zur Mittagsmahlzeit liefert die Vereinigung der Quader eine Beihilfe von hochwertigen Lebensmitteln, die allen Teilnehmern zugute kommt und gleichzeitig noch eine beträchtliche Anzahl von freitägigen für unbemittelte Studierende ermöglicht. Außerhalb der Essenszeiten dient der größere Saal als Lesehalle, in welcher der Studentendienst Zeitschriften und Zeitungen aufgelegt hat.

Die Eröffnung.

Gestern mittags 12 Uhr wurde die mensa academica eröffnet. Vorher fand eine kleine Feier statt, an der geladene Gäste, darunter Staatspräsident Trunk, Kultusminister Hummel, Finanzminister Köhler, Ministerialrat Dr. Schwörer, Bürgermeister Dr. Horstmann, Mitglieder des Landtages, des Lehrkörpers und der Studentenschaft der Technischen Hochschule, teilnahmen.

Der Rektor der Hochschule, Prof. Dr. Ammann, begrüßte die Erschienenen und führte aus: Mit Hilfe von staatlichen und privaten Mitteln ist es gelungen, auch für die Hochschule in Karlsruhe eine mensa academica zu schaffen. Mit großen Opfern muß sich heute die Studentenschaft durchschlagen. Aber trotz der Mühe hat sie sich ihren Idealismus bewahrt und zeigt treue Pflichterfüllung und Fleiß. Unter diesen Umständen ist es eine Pflicht der Hochschule, den Studenten ihre Studienzeit zu erleichtern und Minderbemittelten das Studium zu ermöglichen. Auf diesem Wege bildet die mensa academica einen ersten Schritt. Ihm müssen aber auf demselben Wege noch andere folgen, namentlich auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Beschaffung von Gegenständen für das Studium selbst. Auch dafür werden wir Mittel von der Allgemeinheit nötig haben und ein Aufruf wurde deshalb schon erlassen und hat bereits Erfolg gehabt. Aber das Verständnis dafür muß noch in weitere Kreise dringen. Im Studentendienste hat sich die Studentenschaft eine Organisation geschaffen, die energisch an diesen Problemen arbeitet. Dank gebührt für die Einrichtung der mensa academica dem Vorstande des Studentendienstes, Geh. Rat. Dr. Schleiermacher und der Studentenschaft. Wenn wir alle in der Studentenschaft freien Kräfte zusammenfassen, kann sie hier großes leisten. Rektor und Senat werden die Studentenschaft dabei bereitwillig unterstützen, denn wir erwarten davon ein weiteres Zusammenwachsen von Professoren und der Studentenschaft. — Darauf eröffnete Rektor Dr. Ammann die mensa academica und übergab sie dem Studentendienste und der Studentenschaft.

Im Namen des Studentendienstes ergriff nun Geh. Rat Dr. Schleiermacher das Wort und dankte allen denen, die das Unternehmen gefördert haben. Insbesondere auch dem Landtage, der Regierung und den Männern, die die Anstalt eingerichtet haben. So dem Baurat Dahlinger, dem Regierungsbaumeister Martin, den Stiftern wertvoller Spenden an Lebensmittel, Einrichtungsgegenständen und Kunstwerken.

Für die Studentenschaft sprach Stud. Reinhardt seinen und seiner Kommilitonen Dank für das neue Werk aus. Kultusminister Hummel gab als Vertreter der Unterrichtsverwaltung und der Regierung seinen Freude Ausdruck über das Zustandekommen der mensa academica und betonte die Wichtigkeit der geistigen Arbeit bei dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Dann wurde ein Rundgang durch die Anstalt vorgenommen; eine Anzahl der geladenen Gäste nahmen an dem Mittagessen teil.

Wohltätigkeits- und Fressfest (Kostümball). In dem Konfektionsgeschäft Michel-Wöfen am Marktplatz hielt man in einem Schaufenster die entzückendsten Szenen, die tanzgewaltige Paare am nächsten Samstag in der Festhalle beim Fressfest gewinnen können. Freilich sind sie nur für jene bestimmt, die das Tanzbein im Fogtrott oder One-Step-Rhythmus dirigieren können. Das Tanzturnier, das der Anlaß für so viele Stifter war, in Geschenkform ihre Leistungsfähigkeit zu bezeugen, deren löblichem Tun noch keine Grenze gesetzt ist, wird auch hier den gesellschaftlichen Höhepunkt abgeben, den diese Veranstaltung auch anderswo bedeutet. Es sei noch bemerkt, daß auch auf der obersten Galerie vollständiger Restaurationsbetrieb vorgesehen ist. Die Plätze sind gebührenfrei, und es ist demnach angebracht, sie frühzeitig einzunehmen. Außerdem ist auch die Weinstube der Festhalle als Aufenthaltsort vorgesehen.

w. Betriebsräte. In der Gesellschaft für soziale Reform sprach dieser Tage der Vorstehende Oberregierungsrat Dr.-Ing. Rymann über das Thema „Betriebsräte“. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste ging er kurz auf die Geschichte des Rätegedankens ein, der während der russischen Revolution mit den „Sowjets“ erstmalig verwirklicht wurde und in der deutschen Umwälzung durch die Arbeiter- und Soldatenräte eine freilich andersgeartete Wiederholung fand. Diese bildeten damals das politische Fundament, aber das Schlagwort: „Alle Macht den Räten“ erlag etwas später schon der politischen Demokratie. Dem Drängen der Massen nachgebend wurde aber das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess im § 166 der deutschen Verfassung verankert. Von der beabsichtigten weitgehenden Gliederung ist bis jetzt die unterste Schicht, die Betriebsräte, geschaffen und ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat ernannt. Zweifelloserweise sind die Gedanken noch nicht Allgemeingut der Arbeiterwelt. Besonders die Gewerkschaften scheinen anfangs Vorurteilungen zu hegen. Erst später erkannte man ihre Hauptaufgabe: Die beratende Mitwirkung und die Umsehung der Kartei in die Praxis. Es entbrannten heftige Kämpfe um das Gesetz und die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung mußte unter dem Schutze der Maschinengewehre stattfinden. Der Kompromiß schaut aber aus allen Paragraphen. Besonders der § 50 über die Befugnis der Betriebsräte zur Teilnahme an den Sitzungen der Aufsichtsräte wirbelte viel Staub auf. Trotz alledem ist aber das Betriebsrätegesetz eine Tat, durch die der Willkür der Revolution in die Dämme der Evolution geleitet wurde. Die Weiterentwicklung unterschied sich nur im Tempo und auch die Mehrzahl der Beteiligten hat gelernt sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Diese tätige Mitarbeit an der Fortentwicklung gehört aber auch zum ureigensten Aufgabengebiet der „Gesellschaft für soziale Reform“.

Aber die Bewährung des neuen Gesetzes konnte der Vortragende aus der Praxis des Gewerbeaufsichtsamts eingehende Mitteilungen machen. Die gebotenen Befürchtungen haben sich nicht bestätigt. Meist sind besonnene ältere Leute aus den Wahlen zum Betriebsrat hervorgegangen. Interessiertheit hat aber veranlaßt, daß in Ausnahmefällen bis jetzt noch keine Wahlen stattgefunden haben. Das Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern ist meist gut. Von der Wählbarkeit der Frauen ist seltener Gebrauch gemacht worden. Als Grund wurde angeführt, daß die Wähler doch nicht das gleiche Vertrauen in sie setzten. Wo aber Frauen in den Betriebsrat gewählt wurden, zeigten sie sich mehrfach radikaler als die Männer.

Aber das Verhältnis der Betriebsräte zu ihren Wählern ist zu berichten, daß erstere vereinigt ein etwas selbstherrliche Tätigkeit entfalten, andere infolge Ferrors und disziplinierter Belegschaften zu Mükitritten gezwungen wurden, wodurch sich dann Neuwahlen nötig machten. Die erforderliche Einspielung auf die neuen Rechte und Pflichten konnte in der kurzen Zeit eben noch nicht erreicht werden. Die derzeitigen abnormen Verhältnisse sprechen ebenfalls mit. Man war z. B. vielfach

geneigt, den Schilderungen des Arbeitgeber über die Lage des Betriebes mit weitgehendem Misstrauen und Unglauben zu begegnen. Hier und da haben auch Arbeitgeber ihren Betriebsrat berufen, sich um Zuwendung von Aufträgen zu bemühen (z. B. vom Staat), mehrfach mit dem Erfolg, den eine beträchtliche Energie erreicht.

Bezüglich der geleisteten Kleinarbeit meinte der Redner hinsichtlich sozialpolitischer Aufgaben wenig Interesse bei den Betriebsräten feststellen zu müssen. Das Streben in den neuen Aufgabekreis hineinzumachen, löste den Ruf nach Betriebsräteschulen aus. Der lernende Betriebsrat, ein meist bejahrter Mann wieder auf der Schulbank, ist gewiß eine gute Verankerung der Verantwortungsfreudigkeit und des Willens zur Mitarbeit. Ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Unternehmer und Betriebsrat gepaart mit gutem Willen ist sicherste Stütze des Glaubens an eine deutsche Zukunft.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich die Herren Schierholz, Ries und Hof beteiligten, wurde von Arbeiterseite der Enttäuschung über das neue Gesetz Ausdruck gegeben. Von den Unternehmern wurden den Betriebsräten große Schwierigkeiten bereitet und die Arbeiter hätten in der Mehrzahl den Glauben an ein nutzbringendes Zusammenwirken verloren. Auch den Nichtproletariern wurde nahegelegt, ihren Einfluß für eine Verbesserung des Gesetzes geltend zu machen, um eine Zwangserweiterung desselben zu vermeiden. — Der Einladung zum Beitritt war eine erhebliche Zahl der Zuhörer gefolgt.

*** Suggestion und Hypnotismus.** Im Kaufmännischen Verein versuchte am letzten Mittwoch der heilige Arzt Dr. Alfred Rothschild einer zahlreichen Zuhörerschaft in rein sachlichen, wissenschaftlichen Ausführungen das Wesen der Suggestion und des Hypnotismus klar zu machen, was ihm auch ausgezeichnet gelang. Der Vortragende führte aus, daß schon zu allen Zeiten Suggestion und Hypnotismus angewandt wurde, sie kamen aber erst zur Bedeutung, als man ihr Wesen erkannte; Medizin und Jurisprudenz, letztere zuerst, schenken ihr heute große Beachtung. Der Redner nannte eine Reihe bedeutender Vorläufer der Hypnose und sprach über ihre Erfahrungen; er schilderte die verschiedenen Arten und Wirkungen von Suggestion und führte zahlreiche Beispiele an. Suggestion tritt uns täglich entgegen, unsere heutige Zeit hat viele suggestive Erscheinungen. Große Persönlichkeiten, glänzende Redner, Dichter, Wilder, Films, Pieder, Kamprufe besitzen suggestive Kraft und können die Massen beeinflussen. Schlechte Instinkte sind leichter zu entsetzen, als gute. Der Magnetismus ist ganz zu verwerten; er wird meist von Kurpfuschern angewandt, die sich mit dem Schein übernatürlicher Kräfte umgeben. Eindringlich warb die Redner gegen die Ausübung der Hypnose durch Laien; Mißbrauch und gesundheitliche Schädigungen der Medien seien zu befürchten; dagegen seien bei einer sachmännisch geleiteten Hypnose gesundheitliche Störungen ausgeschlossen. Der Redner verlangte einen Gesetzesparagrafen, der die Anwendung der Hypnose nur dem Arzt gestattet. Erfolgreich wird die Hypnose als Heilmittel verwendet; die Heilung organischer Leiden sei aber ausgeschlossen. Nach dem hochinteressanten Vortrag, für den die Zuhörer mit lebhaftem Beifall dankten, führte der Redner mit einigen seiner Patienten, die sich zur Verfügung gestellt hatten, eine Reihe wohlgeleiteter Experimente aus.

Verchiedenes.

*** Schlafkrankheit im besetzten Gebiet.** In St. Ingbert sind bisher drei Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden. Gestern wurde eine Frau ins Krankenhaus eingeliefert, die seit 6 Tagen in tiefem Schlaf liegt. In Saarbrücken und einigen anderen Saarorten sind gleichfalls Fälle von Schlafkrankheit vorgekommen.

Sprachbuch für Volksschulen

Übungen für den Unterricht in Rechtschreiben und Sprachlehre.

Verkürzte Ausgabe in drei Lehrer- und drei Schülerheften

Bearbeitet von

R. Lauer, E. Gellert, R. Höfler,
Lehrer in Eisdach, Oberlehrer, Mannheim Hauptlehrer, Mannheim
unter Mitwirkung von G. Behringer, Rektor in Durlach.

Schülerheft: I 3.20 M., II 4.20 M., III 6.— M.
Lehrerheft: I 7.60 M., II 10.— M., III 16.— M.

Die vorliegende gekürzte Ausgabe soll bei einfachen Schulverhältnissen, wo der Lehrer in weit höherem Maße als sonst genötigt ist, sich auf das Unerlässliche zu beschränken, die Auswahl erleichtern. Sie läßt zu diesem Zweck von vornherein alles weg, was nur unter günstigen Verhältnissen erreicht werden kann. Die Lehrer an den vielen ein- und zweiklassigen Schulen werden gerade diese Beschränkung auf das Notwendige dankbar begrüßen.

Die Vereinigung mehrerer Schuljahre in demselben Heft erleichtert das Zurückgreifen auf früheres und macht besonders Wiederholungsaufgaben zum großen Teil überflüssig. Auch wird dadurch dem Umstand Rechnung getragen, daß bei einfachen Verhältnissen vielfach zwei oder mehrere Schuljahre zu einer Klasse vereinigt sind. Am meisten kommen hier die Oberklassen in Betracht und es werden deshalb die obersten Schuljahre abschließend ineinander verschoben, dabei aber durch besondere Kennzeichnung der Stoffe für die verschiedenen Schuljahre die Möglichkeit geboten, im Bedarfsfall streng nach Schuljahren zu trennen.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag,
Karlsruhe, Baden, Karlsfriedrichstr. 14.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 2. Februar, 7—9 Uhr. Mk. 12.—

Der Freispruch.

Metallbetten Stahlrohr-
matratzen, Kinderbetten, Polster an jedem-
mann. Katalog frei. Eisenmöbel-
fabrik Suht in Thüringen.

Für den Zeitungs-Verlag

dessen Redaktion im laufenden Quartal nach Berlin verlegt werden soll, wird ein geeigneter, möglichst sachkundiger Herr als Redakteur gesucht. Bei gleicher Eignung der Bewerber wird solchen Herren, die als Verleger oder Redakteure im besetzten oder abgetretenen Gebiet tätig waren und dieses haben verlassen müssen, der Vorzug gegeben. Möglichst baldiger Antritt der Stellung erwünscht. Gest. Angeb. mit ausführlichem Lebenslauf, Empfehlungen u. Lichtbild sowie Angabe der Gehaltsansprüche an die Geschäftsstelle des Vereines Deutscher Zeitungs-Verleger e. B., Magdeburg, Volkststr. 4a, erbeten.

Dienstmarken

Der u. 15er
kauft zu
20 Bq. das Stück Franz
Sirlachbühl, Saugau (Württ.)

Bimszementsteine aller Stärke
Bimszementsteine 25:12:6
Bimszementmauersteine
25:12:6 3.877
Betonstürze nach Zeichnung
sofort lieferbar.
P. Walter Zahn,
Mannheim.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
B. 658.2.2. Karlsruhe. Die
Kaufmann Oscar Rumberger
Ehefrau Rosaline geb. Schäfer
in Karlsruhe, Voedstraße
52, Prozeßbevollmächtigter:
Rechtsanwalt O. Steinel, hier, klagt gegen
ihren genannten Ehemann, zuletzt
in Karlsruhe, Voedstraße
52, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund
der §§ 1565 und 1568 B.-
G.-B., mit dem Antrage
auf Scheidung der am 8.
November 1906 zu Karlsruhe
geschlossenen Ehe der
Streitende aus Ver schulden
des Beklagten.

Klägerin läßt den Be-

klagten zur mündlichen Ver-
handlung des Rechtsstreits
vor die IV. Zivilkammer
des Landgerichts zu Karlsruhe
auf Mittwoch, den 6.
April 1921, vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen
bei dem gebachten Gerichte
zugelassenen Anwalt zu be-
stellen.
Zum Zwecke der öffent-
lichen Zustellung wird dieser
Auszug der Klage bekannt
gemacht.
Karlsruhe, 26. Jan. 1921.
Der Gerichtsschreiber
des Landgerichts.

B. 630. Wiesloch. 1. In

dem Konkursverfahren über
das Vermögen des Kauf-
manns Georg Jirfel in
Wiesloch ist Termin zur
Abnahme der Schlußrech-
nung des Verwalters, zur
Erhebung von Einwen-
dungen gegen das Schluß-
verzeichnis sowie zur An-
forderung der Gläubiger über
die Festsetzung der Vergü-
tung der Mitglieder des
Gläubigerausschusses be-
stimmt auf:
Freitag, 11. Februar 1921,
vormittags 11 Uhr.
2. Die Gebühren des
Konkursverwalters wurden
auf 2000 M. und die Aus-

Lagen desselben auf 23 M.

75 Bq. festgesetzt.
Wiesloch, 26. Jan. 1921.
Der Gerichtsschreiber des
Badischen Amtsgerichts.
3. 675.21 Oberkirch. Der
Schreiner Franz Huber in
Offenburg als Abwen-
dungspfleger hat beantragt
seinen Rindkel, den ver-
jahrenen Johann Nepomuk
Weibel, geb. am 14. Mai
1844 in Griesbach, der im
Inlande zuletzt in Gries-
bach wohnhaft war und
im Jahre 1865 nach Ameri-
ka ausgewandert, für tot
zu erklären. Der bezüg-
liche Verfallene wird auf-
gefordert, sich spätestens in
dem auf: Donnerstag, den
29. September 1921, vor-
mittags 11 Uhr, vor dem
Amtsgericht Oberkirch an-
beraumten Aufgebotsster-
mine zu melden, widrigen-
falls die Todeserklärung
erfolgen wird. An alle,
welche Auskunft über Le-
ben oder Tod des Verfallenen
zu erteilen vermögen,
ergeht die Aufforderung,
spätestens im Aufgebots-
stermine dem Gericht An-
zeige zu machen.
Oberkirch, 25. Jan. 1921.
Bad. Amtsger. dkt.

Bericht, Bekanntmachungen

Die Feldweganlage
in den Gemarkungen
Bühlsberg, Schnarren-
berg und Hennematten
der Gemarkungen Kap-
pelwinde und Wald-
matt betr.

Das Staatsministerium
hat durch Entschließung
vom 30. Dezember 1920
Nr. 30240 ausgeprochen:

Gemäß Art. 3 Absatz 2
des Gesetzes vom 21. Mai
1886, die Verbesserung der
Feldenteilung (Feldberei-
nung) betr., werden in
Verbindung mit §§ 61, 6 ff,
36 ff des Enteignungsge-
setzes vom 14. Dezember
1868 die Eigentümer der
Grundstücke Lgb. Nr. 1637
der Gemarkung Kappel-
winde, Landwirt Karl
Ranz in Kappelwinde und
d. s. Grundstücks Lgb. Nr.
155 a der Gemarkung Wald-
matt, Landwirt Thomas
Weiß Gheute in Kappel-
winde für verpflichtet er-
klärt, die Teilung der
genannten Grundstücke zu
dem von der Oberdirektion
des Wasser- u. Straßenbaus
mit Entschließung vom 6.
März 1920 Nr. C 1793 ge-
nehmigten Feldberei-
nungsunternehmen in den
Gemeinden Bühlsberg,
Schnarrenberg und Hennematten
Kappelwinde und Wald-
matt nach dem Plan der
Kulturinspektion Offenburg
zu gestalten. B. 694
Bühl, den 24. Jan. 1921.
Bezirk a. u.

Badisch-Saarischer

Personentarif.
Mit Wirkung vom 1.
März 1921 werden die Be-
stimmungen und die Be-
stimmungen der Arbeiter- und
Landesbahnen für den Saar-
preis erhoben sich um et-
wa 50 p. h. Nähere Aus-
kunft erteilt das Verkehrs-
büro. B. 705
Eisenbahn-Generaldirektion.